

Herr Gleß erläuterte ausführlich die Sitzungsvorlage der Verwaltung.

Im Anschluss daran bedankte sich Herr Puffe (CDU-Fraktion) bei Herrn Gleß für die Ausführungen und die ausführliche Vorlage. Diese sei in vielen Punkten schon sehr ergiebig. Es gebe eine sehr hohe Anzahl positiver Nachrichten, die auch in der Vorlage wiederzufinden seien.

Allerdings gebe es noch einige Rückfragen zur Frequentierung im Zentrum des **HUMA-Einkaufsparks**. Es sei erfreulich, dass die Frequentierung im HUMA-Einkaufspark deutlich zugenommen hat.

Ebenso erfreulich sei die Neueröffnung des zusätzlichen Geschäftes. Leerstand sei aber immer noch da. Es habe vorher einen langen Zeitraum gegeben, in dem keine weiteren Vermietungen stattgefunden haben. Beim Gastronomieangebot sehe man ganz deutlich, dass das Extrablatt und das Eiscafé funktionieren. Beim Italiener und Rodeos sehe er aber immer gähnende Leere.

Man müsse dafür sorgen, die Platzbelegung auch mit Veranstaltungen zu verbessern. Im vergangenen Jahr sei einiges passiert. Die Parkanlage habe jetzt einen sehr ansprechenden Zustand gefunden durch die Baumpflanzungen und die mittlerweile angewachsene Rasenfläche.

Aber eine Belegung müsse auch auf dem Karl-Gatzweiler-Platz (KGP) erfolgen. Man sei davon ausgegangen, dort in naher Zukunft eine Baustelle zu haben.

Aber nun könne man davon ausgehen, dass das leider vorerst nicht der Fall sein wird.

Politik, Verwaltung und auch die Geschäftstreibenden sollten daher gemeinsam schauen, wie man kurzfristig, auch in wiederholendem Rhythmus, eine Belegung mit Veranstaltungen auf diesem Platz hinbekomme, um die Attraktivität weiter zu steigern und für eine weitere Belegung der Gastronomie im Außenbereich Sorge zu ragen.

Die Nachricht zum **Finanzamt** sei positiv. Es sei ein Standortbekenntnis für Sankt Augustin.

Beim **Pflegeheim** handele es sich um ein hervorragendes architektonisches Gebäude. Es passe gut dahin. Über die Junggesellen aus Niederpleis sei an ihn herangetragen worden, dass die Einrichtung auf sie zugekommen ist. Man wolle dort ein Maifest für die Junggesellen stattfinden lassen, mit Baumstellen und Fahne schwenken. Die Einrichtung sei aktiv auf den Verein zugegangen. Einen genauen Termin habe er nicht. Aber da sei ein Interesse, in dieser Stadt anzukommen und nicht nur das Gebäude hinzustellen und die Pflegeeinrichtung zu betreiben.

Das **Hotel Regina** sei ein ganz wichtiges Thema. Die Stadt brauche ein Hotel im Stadtzentrum. Umso erfreulicher sei jetzt die Mitteilung, dass auch der Brandschutz im ersten Quartal des nächsten Jahres erledigt sein soll.

Hier habe man die Frage, ob der Eigentümer auch Betreiber ist.

Die Nachricht zum **Jugendzentrum** sei natürlich alles andere als erfreulich. Das könne beim Bauen im Bestand passieren. Die Baugrube bestehe seit etwa, anderthalb Jahren. Man solle zusehen, mit den Möglichkeiten, die die Verwaltung hat, das Projekt entsprechend fortzuführen.

Beim **KGP** müsse man die Köpfe zusammenstecken und mit der neuen Situation umgehen. Eine komplette Umplanung könne er sich schwerlich vorstellen. Aber darüber müsse nachdenken und in der Fraktion beraten.

Zur **Südstraße** wollte er wissen, was mit „Konzepterstellung Leitelemente und Orientierungssystem“ gemeint ist und wie das aussehen soll.

Das **Parkraumkonzept** sei vor etwa acht Jahren verabschiedet worden. Es liege der Verwaltung jetzt vor, und es sehe so aus, dass es in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt werden könne. Seine Fraktion bitte doch sehr darum, dass dies in der nächsten Sitzung passiert.

Gleiches gelte dringend für die Einladung des neuen **Centermanagements** in diesen Ausschuss. Man kenne den neuen Centermanager aus der Zeitung und durch Berichte der Verwaltung. Aufgrund der Tatsache, dass es noch die Leerstände gebe, und zum Thema Marktplatte, Veranstaltungsorganisation, sei es sehr wichtig, das Centermanagement nicht in einer der nächsten Sitzungen, sondern in der nächsten Sitzung hierzu zu hören und die Möglichkeit zu Rückfragen zu bekommen.

Der Vorsitzende teilte mit, dass er mit Herrn Papadopoulus wegen eines Termins für die nächste Sitzung Kontakt aufgenommen habe.

Herr Schmitz-Porten (SPD-Fraktion) bedankte sich bei der Verwaltung für die Vorlage mit dem Sachstandsbericht.

Man müsse feststellen, dass Sankt Augustin boomt. Aber mittlerweile seien die Äußerungen des Herrn Technischen Beigeordneten doch mehr für den Charakter eines Ankündigungsministers.

Ankündigungen zögen sich durch die ganze Vorlage und die gemachten Äußerungen. Es gebe im Moment Leerlauf.

Vor einem Jahr habe man um die **Windschutzmaßnahme** gebeten, angeregt, das zu machen. Im Protokoll sei nachzulesen, dass immer wieder gesagt werde, dass man dran sei.

Das sei ein beliebter Spruch. Es gebe aber kein Ergebnis.

Nun sei November, Winter. Und in Sankt Augustin, auf der Haltestelle friere man im Wind. Obwohl sich die politischen Gremien frühzeitig damit beschäftigt haben und man unisono der Meinung gewesen sei, dass das gemacht werden soll. Es sei anfangs auch deutlich gemacht worden, dass Bonn damit einverstanden ist und dies jetzt umsetzen würde. Jetzt komme diese TAB ins Spiel. Er habe sich das in Düsseldorf angesehen, bei der Bezirksregierung. Dort sei man für alle Bushaltestellen und Bahnhaltstellen zuständig, eine Baumaßnahme abzunehmen wegen der Verkehrssicherheit. Man baue hier keinen 8-spurigen Bahnhof mit aus- und einfahrenden Zügen. Man wolle einfach eine Windwand aufstellen. Es sei nicht in Ordnung, dass das so lange dauert. Der Winter komme bald, und es sei nichts fertig. Es werde unendliche Gründe geben. Aber irgendwann seien diese Gründe nicht mehr akzeptabel. Es sei zu wenig, wenn mitgeteilt wird, dass die Verwaltung über den weiteren Verlauf berichten will. Man wolle diese Wand dahin haben. Und wenn man in Düsseldorf großartige technische Überprüfungen machen will, dann bitte er, dort vorstellig zu werden. Man habe es nicht über Nacht angefordert. Man sei seit einem Jahr da dran. Er bitte also ausdrücklich darum, dass hier mehr Schub reinkommt. Man wünsche das jetzt umgesetzt. Und wenn es nicht möglich ist, bitte er darum, das mitzuteilen, und dann müsse man sich an Düsseldorf wenden. Es könne nicht angehen, dass das so lange dauert.

Zum Centermanagement erwähnte er, man habe im Ausschuss festgelegt, dass einmal im Jahr **HUMA** vorspricht und bei Bedarf. Der Bedarf sei gegeben und das nicht erst seit gestern. Man habe zwischenzeitlich Dinge gehört, die gar nicht gefallen haben. Man habe ein Fest veranstaltet und sehe auch eine Wiese, wo kein Mensch ist. Ein Fest mit mäßigem Erfolg. Es sei natürlich der falsche Standort gewesen. Er nehme freudig zur

Kenntnis, dass der Vorsitzende gesagt hat, den Centermanager in die nächste Sitzung zu bringen. Das stehe nicht in der Vorlage. Es werde in der nächsten Sitzung dann hoffentlich eine Stellungnahme geben.

Beim **Hotel Regina** sei mehrfach gesagt worden, dass es wegen des Brandschutzes so lange dauert. Er wollte wissen, ob das Hotel jetzt in Betrieb ist oder nicht.

Hinsichtlich des **Jugendzentrums** höre er immer wieder, dass im Bestand gebaut wird. Es sei nicht gut, was man dort erleben muss.

Offensichtlich sei der Neubau davon nicht betroffen. Generell müsse man sagen, dass so etwas vorkommen kann. Aber hier häufe es sich.

Ganz schlimm sei es beim **KGP**. Wieso diskutiere man über Platten und Gehwege und stellt dann plötzlich fest, dass man das gar nicht umbauen kann. Er wisse nicht, wie weit die Förderanträge befristet sind und ob man das neu machen muss. Und dann spreche der Technische Beigeordnete davon, dass man das Ganze eventuell neu planen muss. Das könne man sich möglichst nicht erlauben. Denn es gebe dort einen klaren beschlossenen Entwurf. Bereits in der letzten Sitzung sei schon gesagt worden, dass man keine Firmen findet. Er wisse nicht, wie andernorts noch gebaut werden kann, wenn in Sankt Augustin eine einfache Marktplatte nicht neu gestaltet werden kann. Es gebe jetzt überhaupt keine Perspektive.

Für die weitere **Bebauung der Rathausallee** sei die GWG offensichtlich Bauherr. Es sei lange her, dass dies beschlossen worden ist. Auch das schiebe sich, und jetzt sei der Baubeginn für Januar 2020 vorgesehen. Man werde gespannt sein, ob im Januar 20 da tatsächlich irgendwas passiert.

Zu Punkt 12 (**Entwicklung der Flächen zwischen Arnold-Janssen-Straße, der zentralen Sportanlage sowie der Asklepios-Klinik**) sei ein externes Büro beauftragt worden, um einen städtebaulichen Entwurf zu erstellen. Fraglich sei, ob da irgendwelche Vorgaben gegeben wurden, wie das aussehen soll. Bevor die Firma da größere Entwürfe male, solle man im Ausschuss einen speziellen TOP machen, und ermitteln, wie man sich denn dort das Gelände vorstellt und was man sich denkt, als Input für dieses externe Büro. Nicht, dass man dann plötzlich wie in einer Wundertüte Planungen vorgestellt kriegt. Die Firma brauche ja schon eine gewisse Vorgabe zum Planen.

Aus dem **Kreisverkehr** mache man eine Überraschungsnummer. Das planerische Konzept solle bis zur Beendigung der Maßnahme überraschend bleiben. So etwas habe er in einer Vorlage noch nicht gelesen. Man fahre daran vorbei und wisse nicht, was da genau hinkommt.

Zum **Alten Bauhof** seien auch alle Zeitpläne über den Haufen geworfen worden. Jetzt sei ja da zumindest schon mal gerodet worden. Er bitte um Auskunft und um Ergänzung zu diesem Bericht, wie dort der Stand ist. Er habe in der Zeitung gelesen, dass mit zwei Gebäuden und einer Baustraße begonnen werden soll, aber gleichzeitig auch über die Südstraße noch eine Zuwegung für die Nachbarschaftshilfe dorthin soll. Es sei ihm nicht bekannt, dass das im Plan so vorgesehen war oder gibt es hier auch eine Verzögerung? Generell bitte er, diese Maßnahmen prioritär zu behandeln, damit man dort das Stadtzentrum abrunden könne.

Herr Günther (Fraktion Bündnis90/Grüne) ging auch einzelne Punkte durch.

Beim **HUMA** gebe es noch Abstriche. Die starke Frequentierung des Parkhauses an der Rathausallee habe mit Sicherheit etwas mit der Geschäftseröffnung zu tun gehabt. Dem Generalanzeiger sei zu entnehmen gewesen, dass da viel Zulauf war. Dummerweise seien alle mit dem Auto gekommen und nicht mit der Bahn.

Beim HUMA gebe es in der Tat Schwierigkeiten. Es gebe so einiges, was da falsch läuft. Unter Anderem funktioniere die Gastronomie teilweise nicht so, wie man es sich vorgestellt hat. Die Vermietung funktioniere nicht so. Man höre etwas von großen Umplanungen im Innenbereich der Mall, Umgruppierungen in etwas anderen Ausrichtungen. Das seien offensichtlich Gerüchte. Deswegen sei man froh, dass in der nächsten Ausschusssitzung Herr Papadopoulos erläutert, wie er sich das vorstellt und man da intensiv in die Planungen mit eingebunden wird. Der HUMA sei von Anfang an wichtig gewesen. Man sei auch eingebunden worden, aus seiner Sicht aber nicht ausreichend. Man finde sich so ein bisschen bestätigt durch die momentane Situation in den damaligen Anregungen, zu überlegen, ob das Ding nicht so ein bisschen zu groß geraten ist. Man komme nicht so in die richtige Ausrichtung. Das habe man ziemlich vom Tisch gewischt. Jetzt sei man in so einer Situation, wo man sich zumindest in Teilen in den Befürchtungen bestätigt fühlt. Es sei wichtig, dass die Stadt und der zuständige Ausschuss intensiv mit einbezogen werden, wenn da jetzt neuere Planungen oder Umplanungen, Umstrukturierungen, kommen sollten. Und dahingehend werde man auch bei Herrn Papadopoulos in der Sitzung vorstellig werden.

Beim **Park** habe sich etwas getan. Da die Trockenheit in der zweiten Hälfte des Jahres nicht so angehalten hat, habe da ja etwas wachsen können. Besonders erfreut sei man zumindest von den Blühwiesen im Ostteil des Parks gewesen. Das habe wirklich gut ausgesehen. Fraglich sei, was mit Endgestaltung gemeint ist. Seien da eher noch mehr Blumenwiesen vorgesehen oder etwas anderes?

Er wollte wissen, ob sich beim **Jugendzentrum** nach der Entfernung des Öltanks, herausgestellt hat, dass es Bodenverunreinigungen gegeben hat, die saniert werden müssen.

Außerdem bitte man um eine etwas detailliertere Angabe zum Zeitplan und die Fertigstellung des Jugendzentrums, soweit das eben jetzt möglich ist.

Zum **KGP** habe man gewünscht, genauere Berichte zu bekommen zu den einzelnen Maßnahmen. Im Hinblick auf den KGP habe man damals gesagt, dass man auch detaillierte, auf Lose und bestimmte Kostengruppen bezogene, finanzielle Aufstellungen haben wolle. Das sei nicht geliefert worden. Aber er meine, dass man das bekommen sollte, um den Überblick zu behalten und zu sehen, wenn die Kosten aus dem Ruder laufen. Das deute sich ja durchaus an. Wenn man plant, müsse man damit rechnen, dass sich da durchaus neue und wahrscheinlich auch höhere Kosten ergeben. Hier hätte man gerne detailliertere Angaben beim nächsten Bericht und möglichst auch so, dass man sie fortschreibt.

Zu den beiden Punkten 12 (**Entwicklung der Flächen zwischen Arnold-Janssen-Straße, der zentralen Sportanlage sowie der Asklepios-Klinik**) und 11 (**Parkraumkonzept**) bitte man darum, frühzeitig und intensiv in die Planungen einbezogen zu werden. Das seien zentrale Bereiche, gerade MI1 und MI3, die neben dem HUMA wirklich eine zentrale Bedeutung haben für das Zentrum und da müsse der Ausschuss auch näher dran und einbezogen sein.

Hinsichtlich der **Müllproblematik** sei ihm lange Zeit aufgefallen, dass entlang der S66 von der Südstraße bis etwa zur Höhe der Gabionenwand, vor dem Verladebereich HUMA, überraschender Weise ziemlich viel Müll in den Papierkörben war, während da an der Haltestelle freigeräumt wurde. Da werde offensichtlich nicht so genau hingeguckt.

Frau Züll (FDP-Fraktion) wollte hinsichtlich der **Kinderklinik** wissen, ob schon bekannt ist, wie es da weitergeht und welchen Einfluss dies möglicherweise auf die Planungen im Bereich **Butterberg** hat.

Außerdem wollte sie wissen, wie weit die **MI1- und MI3-Gebiete** von der dort vorhandenen Biotop-Anlage entfernt sind und ob schon bekannt ist, wie dieses Mischgebiet aussehen wird, ob es eher Wohnen oder eher Gewerbe werden soll.

Herr Gleß erläuterte, dass er zum Thema **Kinderklinik** es anderen überlasse, da Ankündigungen zu machen.

Zum Anforderungsprofil für **MI1, MI2, MI3** sei im Ausschuss schon beraten worden. Er habe eine Vorlage geliefert, in der unterschiedliche Eckpfeiler einer künftigen Nutzung und einer künftigen Bebauung für diese drei Baufelder abgebildet gewesen seien. Man habe dieses Gebiet vor einiger Zeit planerisch umgewidmet. Ursprünglich seien da auf der gesamten Fläche von 13.800 qm Kerngebiete festgesetzt gewesen. Der B-Plan sei seinerzeit im Zuge des Masterplans Urbane Mitte geändert worden, weil man gesagt hat, dass man dort kein Kerngebiet mehr haben will, sondern eine gemischte Baufläche, ein Mischgebiet. Im Zuge des Masterplans Urbane Mitte und des Einzelhandelskonzepts – Einzelhandel im Zentrum- für die Stadt Sankt Augustin, sei gesagt worden, dass man auf diesen Flächen keinen großflächigen Einzelhandel mehr haben will. Der solle sich auf den HUMA-Einkaufspark konzentrieren.

Im Kerngebiet wiederum seien großflächige Einzelhandelseinrichtungen nicht nur zulässig, sondern sie müssten dort genehmigt werden, wenn sie dort beantragt würden. Wegen der Konzentration von Einzelhandel auf andere Flächen und um auch wieder Wohnen ins Zentrum herein zu holen, habe man sich in diesem Ausschuss dazu entschlossen, ein Mischgebiet festzusetzen. Das wiederum suggeriere, dass man dort bei künftigen Entwicklungen dieser Flächen bis zu einer 5-geschossigen Bebauung gehen kann, dort ein gewisses Quantum an Wohnen zulassen müsse, aber auch wolle.

Das Anforderungsprofil sei damals vorgelegt worden. Der Ausschuss habe davon Kenntnis genommen, z. B. auch davon, dass man auch an Veranstaltungshotellerie gedacht habe, ein Tagungszentrum oder derartiges. Er habe damals auch gesagt, dass, sobald das Konzept verfeinert ist, es wieder im Zentrumsausschuss vorgestellt und besprochen wird.

Herr Papadopoulos habe zugesagt, in die nächste Sitzung zu kommen. Heute sei er terminlich verhindert gewesen.

Kommenden Januar solle ein gemeinsamer Termin mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WfG) und mit möglichst vielen, die dort im **HUMA-Einkaufspark** ein Gewerbe betreiben, stattfinden. Das sei deswegen wichtig, um auf dieser Grundlage in einer kumulierten Veranstaltung mit den Gewerbetreibenden zu reden.

Wenn man im HUMA unterwegs ist, komme man mit den Leuten ins Gespräch. Dann könne man viele Gerüchte vielleicht von vorne herein ausräumen. Gerüchte seien für ihn aber auch nur so lange Gerüchte, wie sie durch nichts in irgendeiner Form belegt sind.

Was den Leerstand anbelangt, es werde zwar immer mal wieder ein neues Geschäft eröffnet, und nach seiner Kenntnis habe auch noch keins geschlossen, aber er würde sich natürlich auch wünschen, dass alle Flächen belegt sind. Vielleicht müsse auch noch mehr Phantasie walten lassen, um da vielleicht auch Unternehmen unterzubringen, an die man damals bei der allerersten Vermietungstranche noch gar nicht gedacht hat. Wünschenswert wäre für die Stadt Sankt Augustin als Fair-Trade-Town, dass dort ein

3.-Welt-, ein Eine-Welt- oder wie auch immer gearteter Fair-Trade-Laden kommt, der vielleicht nicht die ganz großen Gewinne abwirft, der aber auch dazu beiträgt, dann wiederum eine weitere Klientel dort im HUMA zu bedienen.

Auch andere Dinge aus dem Bereich des Dienstleistungssektors wären denkbar, bevor man Läden allzu lange leer stehen lässt.

Er glaube schon, dass der Centermanager Papadopoulus da viele Ideen hat, aber die müssten natürlich auch Bodenhaftung haben.

Man müsse auch das sehr umfangreiche Brandschutzkonzept bedenken, das natürlich auch eingehalten werden muss. Wenn es nicht eingehalten werden kann, müsse dort kompensatorisch etwas anderes gemacht werden. Aber ohne weitere Flächen über Bord zu werfen oder weitere Eingänge an anderer Stelle zu schaffen, sei dies kaum möglich.

Man arbeite mit Hochdruck daran, den Zeitplan für den **KGP** nach vorne zu bringen. Man müsse mit der Situation umgehen. Es gehe nicht der Stadt Sankt Augustin alleine so, dass Auftragnehmer aus dem Privatsektor verschwunden sind. Dies sei überall so.

Der Arbeitskräftemangel sei dem Umstand geschuldet, dass man sich in einer Wachstumsregion befinde. Wachstum bedeute letztendlich auch, dass für diesen Wachstum auch Arbeitskräfte da sein müssen, die das in einem bebauten Bereich generieren müssen. Die Auftragsbücher der privaten Unternehmen seien voll.

Das betreffe alle Baumaßnahmen in Sankt Augustin.

Das merke man auch beim Thema „Personal“ in der Stadtverwaltung. 40% aller Planerstellen seien nicht besetzt, und er müsse gucken, wie die Arbeit bewältigt wird. Und wenn er gewisse Themen abarbeiten muss, wie das Beispiel „Butterberg“, dann hole er sich einen Externen zu Hilfe, der die Arbeit macht, die mit dem wenigen Personal eben nicht abgeleistet werden kann.

Die Organisationsuntersuchung für das Baudezernat hätten alle zur Kenntnis genommen. Sie sei vorgestellt worden, und es sei herausgekommen, dass innerhalb von drei Jahren 21,5 Stellen benötigt werden, um überhaupt das zu tun, was getan werden muss.

Im Haushaltsplanentwurf seien jetzt sechs Stellen für Pflichtaufgaben enthalten. In der allerersten Tranche in dem dem Ausschuss zur Kenntnis gegebenen Papier zur Orgauntersuchung seien 11 Stellen enthalten gewesen.

Er sei gespannt, was die Haushaltsberatungen bezogen auf die fünf Stellen, die über diese sechs hinausgehen, und die generiert werden müssten, ergeben werden.

Er könne sein Personal nicht weiter ausquetschen. Etwa 20% der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen seien nicht besetzt.

Wenn er die Stellenbesetzung immer weiter vor sich herschiebe, werde er nicht leisten können, was im Zuge des Wahlkampfes bezogen auf die nächste Kommunalwahl von ihm erwartet wird.

Es gebe Dinge, für die die Stadt Sankt Augustin einfach auch nicht zuständig ist. Er werde keinen Rechtsbruch begehen und nach Düsseldorf fahren. Der **Windschutz** sei nicht Maßnahme der Stadt Sankt Augustin. Man habe sie initiiert und erfolgreich durchgesetzt. Die Maßnahme werde kommen, die Stadt müsse nur 10% der Kosten bezahlen. Das sei eine positive Ankündigung.

Zum **Hotel Regina** erläuterte Herr Trübenbach, dass der Eigentümer derzeit auch der Betreiber ist. Der Altbau sei im Hinblick auf den Brandschutz volltauglich und daher in Betrieb. Beim Neubau werde die Lüftungsanlage in den nächsten Monaten eingebaut. Und dann werde auch der Neubau in Betrieb gehen, also dann das komplette Hotel. Der Eigentümer sei allerdings im Moment auf der Suche nach einem externen Betreiber,

national und international. Es scheine so zu sein, dass es jemanden gibt, der Interesse hat, ein Hotel so zu betreiben, wie die Stadt sich das vorstellt, mit Küche und Gastronomie. Der Eigentümer gehe davon aus, dass das Hotel ab März/April voll an den Start gehen kann.

Zur Frage von Frau Züll nach dem **Biotop** teilte Herr Gleß mit, dass es eine Fläche gibt, wo ursprünglich der Bodenaushub für den HUMA und die Erweiterungsmaßnahme der Hochschule gelagert war. Diese Fläche gehöre zu den Baufeldern MI 1, 2 und 3. Man habe diese Fläche provisorisch hergerichtet.

Frau Feld-Wielpütz (CDU-Fraktion) bemängelte die Art und Weise der Diskussionsführung. Sie brachte ihr Unverständnis zum Ausdruck insbesondere in Richtung SPD und Grüne.

Herrn Gleß als „Ankündigungsminister“ zu bezeichnen, halte sie mindestens despektierlich. Der Beigeordnete habe hier in dieser Stadt viel geleistet, wenn sie daran denke, wie es auch dem ehemaligen Tacke-Grundstück ausgesehen hat, vor noch nicht allzu langer Zeit.

Man könne streiten, und wo gearbeitet wird, da würden sicherlich auch Fehler gemacht. Bisher habe man immer gut und ohne Beleidigungen streiten und inhaltlich diskutieren können. Die Art und Weise aber, wie das jetzt hier passiere, davon könne sich die CDU-Fraktion nur distanzieren und das absolute Unverständnis zum Ausdruck bringen. Sie hoffe, die Verwaltung ist in der Lage, das entsprechend einzuschätzen. Wahlkampf habe man ja eigentlich noch nicht. Man möge sich da mal vorstellen, was da in den nächsten Monaten noch kommen wird. Allerdings, denke sie, seien es nicht die Zeiten, wo man alles und jedes schlecht reden sollte. Das finde sie ungeheuerlich.

Sie hätte wissen wollen, wieso eine Bodenuntersuchung beim **Jugendzentrum** gemacht wird, wo eine Baugrube bereits am 30.4. des Jahres 2018 vorhanden war, und dann erst jetzt bei einer Bodenuntersuchung festgestellt wird, dass da ein Öltank ist.

Das wäre eine inhaltliche Frage gewesen mit der sie hätte leben können.

Es sei keine Frage, dass diesen **Windschutz** alle dringend wollen. Aber den Beigeordneten zu nötigen, nach Düsseldorf zu fahren und sich da lächerlich zu machen, hierfür habe sie kein Verständnis. Sie hoffe, dass die Art und Weise eine einmalige Geschichte war.

Die Situation am **Jugendzentrum** sei jetzt durch diese Bauverschiebung so. Bauende sollte Herbst 2020 sei. Dann hätte man die Außenanlage wieder für die Schule und die Vereine nutzen können. Das scheine jetzt nicht so zu sein. Es gebe aber auch Vereine, die feste Planungen haben. Daher sei es gut, wenn irgendwie möglich, eine entsprechende Zeitschiene zu bekommen.

Sie wollte wissen, ob die **Sanierung des alten Rathauses**, wo es jetzt Probleme gibt, in direktem Zusammenhang mit dem **Neubau des Jugendzentrums** steht oder der Baufortschritt des Neubaus des Jugendzentrums davon unbeeinträchtigt ist.

Die **B56** sei ja immer die große Sorge gewesen. In einer der letzten UPV-Sitzungen sei angekündigt, dass die Baumaßnahme gegenüberliegend, Nachbarschaftshilfe, jetzt kurz vor Beginn stehe und in Kürze die Erschließung der Straße realisiert wird. Wenn dann noch diese große Baumaßnahme Jugendzentrum zeitgleich starte, sei das gerade an diesem engen Punkt der B56 eher suboptimal.

Hinsichtlich der Beleuchtung auf dem Parkplatzgelände hinter dem Jugendzentrum, wo jetzt noch die zwei Garagen stehen, habe man schon nachgebessert. Der Parkplatz an sich sei aber dunkel. Sie bat darum, dort noch einmal nachzubessern.

Das **Parkraumkonzept** im Zentrum habe natürlich auch große Auswirkungen für den Ortsteil Mülldorf. Ihre Fraktion habe für den Ortsteil Mülldorf auch ein Parkraumkonzept angefordert. Sie rege an, das Parkraumkonzept für das Zentrum, mit seinen angrenzenden Straßen, von-Claer-Straße, Im Spichelsfeld, die in dem anderen Parkraumkonzept auch involviert seien, zusammen zu beraten. Man solle prüfen, inwieweit das Sinn macht.

Sie rege an, das Konzept bereits vor Versand der Einladung den Fraktionen zur Verfügung zu stellen. Es handele sich um ein sehr komplexes Konzept, das dort vorberaten werden sollte.

Herr Puffe ging auf die Äußerungen von Frau Feld-Wielpütz ein.

Er wies darauf hin, dass in diesem Ausschuss normalerweise sehr sachorientiert diskutiert werde, manchmal auch kontrovers. Gerade der **KGP** sei ein Paradebeispiel gewesen, wo oft und lange und auch unterschiedlicher Weise diskutiert worden sei, aber auch bei der Zentrumsplanung und –entwicklung.

Deshalb habe er nicht verstanden, dass Herr Günther sich zu wenig eingebunden fühle in die ganze Umbauplanung. Das Projekt sei gelobt worden, auch im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung und die Veranstaltungen, die durchgeführt wurden. Die Bürger seien mitgenommen worden, und er wisse, dass man sich damit sehr ausführlich befasst hat. Daher habe er die Äußerungen jetzt nicht nachvollziehen können. Es sei ein Paradebeispiel, wie dieser Ausschuss sachorientiert und mit offener Transparenz gearbeitet hat.

Was Herr Schmitz-Porten gesagt hat, könne er noch viel weniger nachvollziehen: Herrn Gleß als „Ankündigungsminister“ zu bezeichnen und dann das **GWG**-Gebäude heranzuziehen. Der Ausschuss habe beschlossen und befürwortet, dass dieses Bauvorhaben nach Fertigstellung des Seniorenheims beginnen soll und nicht zeitgleich oder vorher.

Herr Günther verwies auf zwei Fragen, die aus seiner Sicht noch offen waren.

Hinsichtlich des Öltanks in der Baugrube des neuen **Jugendzentrums** wollte er wissen, ob es da Bodenverunreinigungen gab, die saniert worden sind oder ob da noch saniert werden müssen.

Außerdem fragte er noch einmal nach einer detaillierte Kostengruppenaufstellung zum **KGP**.

Das Thema Planung „KGP und HUMA“ sei kommuniziert worden. Das Verfahren habe ihnen damals aber nicht ausgereicht. Es sei sicherlich weitgehend gewesen. Aber es sei nicht das gewesen, was sie unter einer richtigen Mitarbeit der Bevölkerung verstanden hätten. Es sei mehr eine erweiterte Informationsveranstaltung gewesen. So sei das bei ihnen angekommen. Die Kritik zur Größe des Vorhabens sei damals auch kommuniziert worden. Das sei also nichts Neues.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass Vergangenheitsbewältigung nicht vorwärts bringt. Er glaube, dass die HUMA-Leute selbst wissen, wie schwierig es ist, sich hier noch weiter auszubreiten oder weitere Flächen zu vermieten. Dass sie es ernst nehmen, könne man daran sehen, dass das Centermanagement ausgewechselt wurde. Mit Gerüchten sei er immer sehr vorsichtig.

Man solle ihnen auch eine gewisse Zeit geben.

Herr Papadopoulos habe bei einer Vorstellung bei der WfG ziemlich offen gesprochen. Er gehe auch davon aus, dass er das im Zentrumsausschuss auch machen wird. Daher solle man auch immer alle diese Informationen mit der notwendigen Fairness zur Kenntnis nehmen.

Aber man kenne doch den derzeitigen Umbruch auf dem Sektor Metro/Real und die Auswirkungen die es gibt. Aber er glaube, dass der Verwaltungsvorstand den Ausschuss sofort, unabhängig von einer Sitzung, informieren wird, wenn es da wirklich irgendwie Gefahr in Verzuge gibt.

Herr Schmitz-Porten verwies auf seine zuvor geäußerten Ausführungen.

Er habe es auch so eingeleitet, dass es eine gute Entwicklung gebe. Am historischen Einvernehmen bezüglich der städtischen Planung, bezüglich des Herrn Beigeordneten und der Leistungen, die da gekommen sind, gebe es überhaupt keine Zweifel.

Es gehe hier aber darum, dass der Ausschuss konkret einen Bericht bekommen hat, in dem am 5.11. noch stand, dass sich der geplante Umbau/Sanierungsmaßnahmen des sogenannten Altbaus sich im planmäßigen Verlauf befinden.

So sei es vorberaten worden. In der Sitzung erfahre man heute, dass dem nicht so ist. Dies sei eine sachliche Feststellung. In der ganzen Vorlage könne man drei, vier Punkte sehen, wo man entgegen der Ankündigungen der Vorlagen sei. Es würden immer wieder weitere Monate drangehangen, bei allen möglichen Dingen, z. B. der Windschutzwand. Natürlich sei die Stadt dafür nicht originär zuständig. Aber es sei von ihr vor einem Jahr angestoßen worden. Dann sei mehrfach gesagt worden, dass die Maßnahme läuft. Das sei im November zu wenig. Deswegen bitte man, dort mehr Druck auszuüben. Man wolle wissen, warum das so lange dauert. Der einfache Verweis auf die TAB in Düsseldorf könne nicht ausreichend sein, mit dem Hinweis, man wird über den weiteren Verlauf berichten.

Diese Art der Berichte reiche ihnen nicht aus. Man wolle das konkreter wissen. Man habe auch keine Mühe, da notfalls selbst zu telefonieren, zu schreiben und die Vorgänge mal selbst anzusehen.

In der Stadt Sankt Augustin habe man keinen Zustand der Insel der Seligen, was die Personalsituation anbelangt. Aber dann erwarte er von den bedeutenden Leuten, dass sie eine Personalplanung vornehmen und sagen, dass der Rat nicht über 100 Maßnahmen beschließen kann, wenn es sowieso nicht machbar ist. Dann müsse gesagt werden, dass man den Marktplatz gar nicht umbauen kann und z. B. die Kindergärten priorisieren.

Es gehe nicht, dass alles aufgrund von Plänen teurer externer Berater im Ausschuss beraten und beschlossen und bei der Bauausführung festgestellt wird, dass alles nicht geht. Es gebe keine Handwerkskräfte, und es sei sowieso kein Personal vorhanden.

Die sechs Stellen, die zusätzlich im Haushaltsplanentwurf stehen, habe seine Fraktion natürlich mit aufgenommen. Aber es sei schon bekannt gewesen, dass diese Kapazitäten nicht da sind.

Wenn Maßnahmen aber im Rat teilweise sogar mit sehr starkem Zeitdruck beschlossen würden, z. B. wegen Fördermaßnahmen, und man dann ganz überrascht erleben müsse, dass gar nicht alles zu schaffen ist, sei das keine gute Situation. Da komme man leider in der Tat mehr den Ankündigungsbereich, als in den Umsetzungsbereich. Darauf habe er hingewiesen.

Eventuell müsse man dem Centermanager Hilfe noch mal anbieten, das habe Tradition. Der neue Centermanager wisse wahrscheinlich nicht, dass der Zentrumsausschuss in

die Strukturierung mit einbezogen ist, weil es eben auch mit dem Marktplatz zusammenhängt.

Herr Puffe habe davon gesprochen, dass die beiden randständigen Lokalitäten, die ja den gleichen Eigentümer haben, dort nicht so toll laufen. Insoweit sei man schon selbst betroffen davon, und es sei keine Sache eines reinen Centermanagers. Da wolle man beteiligt sein. Er habe bereits im Aufsichtsrat darum gebeten, bei dem Gespräch im Januar mit den Betreibern, die dort ihre Geschäfte haben, dass sie zusätzlich zum Zentrumssprecher mit eingeladen werden, um mit den Betroffenen zu diskutieren. Die Gerüchteküche, die ja offensichtlich auch der Beigeordnete höre, sei wiederum zu wenig. Man wolle mit dabei sein, wenn es tatsächlich darum geht, dort Verbesserungen herbeizuführen. Daher bitte er, bei der Einladung für diese Veranstaltung zumindest die Sprecher mit vorzusehen.

Die weitere Verzögerung, die eingetreten ist, bei dem **GWG**-Gelände, könne man sagen, ist ein GWG-Problem. Das Pflegeheim sei längst planmäßig eröffnet. Daher könnten jetzt schon längst Bagger rollen. Hier gebe es auch keine ausreichende Information darüber.

Mit dem **KGP** sei es natürlich ein Trauerspiel. Nachdem man sich über die Pflasterung schon detailliert geäußert hat, jetzt plötzlich festzustellen, dass niemand da ist, der es baut. Das sei eine Malaise der öffentlichen Hand generell. Aber hier in Sankt Augustin sei das schon schlimm. Da müsse man sich überlegen, wie man da raus kommt. Es sei gar nicht so einfach, den Plan zu beschließen. Und dann komme heute in der Sitzung, abweichend von der Vorlage, dass man da eventuell noch mal ins Eingemachte gehen muss. Dann müsse er sich natürlich fragen, inwieweit man da noch eine verlässliche konsequente Umsetzung hinbekommen kann.

Man könne sehr wohl von einer durchgängig festzustellenden Verzögerung in vielen Bereichen ausgehen. Da müsse man in der Tat genauer hinschauen. Eventuell müsse man auch öfter im Zentrumsausschuss zusammen kommen, um da eine engere Begleitung anzugehen.

Aufgrund des letztgesagten erklärte Herr Gleß, fassungslos und einigermaßen sprachlos zu sein. Er gebe diese Aussagen an seine Kollegen und Mitarbeiter weiter. Gleichwohl erwarte er Respekt. Und wenn man ihm gegenüber Respekt nicht an den Tag legen kann, dann erwarte er diesen Respekt vor seinen Mitarbeiterinnen und vor seinen Mitarbeitern. Er glaube, er habe jetzt eben 15 Mal das Wort „Herr Beigeordneter“ gehört und sechs Mal das Wort „Ankündigungsminister“. Respekt sehe seines Erachtens anders aus.

Das Finden des Öltanks habe den Hintergrund, dass man aus statischen Gesichtsründen entscheiden musste, dort eine Verspundung der Baugrube vorzunehmen. Das sei ursprünglich so nicht geplant gewesen. Aber man musste umsatteln, weil letztendlich die statische Konsistenz des Gebäudes auf diesem Grundstück sicher zu stellen war. Man hätte vielleicht die Möglichkeit gehabt, das ohne Verspundung vorzunehmen, aber es sei den Verantwortlichen am Bau und in der Verwaltung zu riskant gewesen. Aufgrund dieses Umstandes seien weitere Bodenuntersuchungen vorgenommen worden. Der Bereich mit dem Öltank sei kein Bereich, wo man unterkellert hätte. Es sei eine Teilunterkellerung vorgesehen, aber aufgrund der Verspundung habe man weiter ins Erdreich gemusst. Das wiederum habe zur Folge gehabt, dass man auch den Kampfmittelräumdienst noch mal holen musste.

Er habe darüber schon berichtet. In dem Zusammenhang habe man den Öltank gefunden, der dann beseitigt werden musste.

Stand heute werde man mit dem **Neubau** auch zeitgemäß fertig werden. Mit dem **Altbau** hingegen nicht. Man müsse sich darauf einstellen, dass er später fertig wird. Aufgrund des Umstandes, dass das Gebäude so beschaffen ist, wie es beschaffen ist, und man bei jedem weiteren Eingriff in das Gebäude feststelle, dass man wieder auf Bausubstanz stoße, die nicht gerade nach den Regeln der Technik gemacht worden sind. Es sei jetzt fahrlässig zu sagen, dass Zeit herausgeholt wird und der Zeitrahmen geschafft wird. Man könne davon ausgehen, dass es ein bisschen später fertig wird.

Bezüglich Bodenverunreinigungen im Zusammenhang mit dem Öltank müsse er noch mal nachhören, ob da in dem Zuge etwas aufgetreten ist. Aber wenn dort etwas Schlimmes oder Nachhaltiges, Größeres gewesen wäre, hätten seine Mitarbeiter ihn informiert. Er werde noch mal nachhören, ob es wirklich im Erdreich trocken und ohne Verunreinigungen geblieben ist, wie er das im Moment geschildert hat.

Protokollnotiz:

Der zuständige Projektleiter teilte hierzu folgendes mit:

Selbstverständlich wurden gutachterliche Untersuchungen durchgeführt. Dass das Füllmaterial belastet ist, ist selbstverständlich. Dieses wurde anhand der Analysewerte entsorgt. Weiterhin wurde der Boden untersucht. Die Ergebnisse des Gutachters ergaben jedoch keine bedenklichen Werte.

Zum Grundstück „Alter Bauhof“ erläuterte Herr Trübenbach, dass der **Baubeginn der Straße** jetzt erfolgt. Man habe schon die ersten Untersuchungen gemacht. Es habe schon Absperrungsmaßnahmen gegeben. Das bedeute, dass die Straße jetzt gebaut wird. Es solle dann Februar/März mit dem Bau begonnen werden. Zunächst würden zwei Häuser gebaut. Es gehe hier um öffentlich geförderten Wohnraum. Das sei auch schon im Ausschuss besprochen worden. Die Straße müsse natürlich vorher fertiggestellt werden, damit auch der Betrieb Nachbarschaftshilfe aufrechterhalten werden kann.

Frau Feld-Wielpütz erklärte, dass ihres Erachtens Herr Schmitz-Porten vorhin die Geschichte fälschlich dargestellt hat.

Man müsse differenzieren zwischen dem, was beschlossen wird und was anschließend in den Verwaltungsgang und somit in die praktische Umsetzung geht.

Da sei der **KGP** ein schönes Beispiel. Man habe hier in epischer Breite diskutiert. Dann sei er mehrheitlich beschlossen worden. Dann seien die Ausschreibungen losgeschickt worden. Dann sei das passiert, was passieren kann. Es habe keine Beteiligungen gegeben. So seien die Vorschriften, so sei das geltende Recht. Da müsse man sich nach richten. Das könne man nicht der Verwaltung auch noch als Vorwurf machen. In der Sitzungsvorlage stehe, der nächste Schritt sei die beschränkte Ausschreibung. Das habe Herr Gleß auch ausgeführt. Das müsse abgewartet werden. Als nächsten Schritt müsse man dann überlegen, was zu tun ist.

Die **GWG** sei auch so ein Beispiel. Das Grundstück sei verkauft, es sei ein Bauverfahren angeleiert, es würden Baugenehmigungen erteilt nach Prüfung. Dann sei es an dem Investor zu entscheiden, wann er baut. Da baue nicht die Stadt Sankt Augustin.

Und das alles über einen Kamm zu scheren, finde sie alles andere als in Ordnung. Im Bau sei es eben so. Man könne besten Wissens und Gewissens eine Vorgabe gemacht haben, und am nächsten Tag passiere etwas, und dann sei das, was geplant ist,

hinfällig. Es sei nicht planbar. Dafür zu einer Pauschalverurteilung der Verwaltung zu kommen und zu suggerieren, dass das die Herren, die hier sitzen mit ihren Mitarbeitern Schuld sind, finde sie nicht in Ordnung. Das könne und dürfe auch so nicht stehen bleiben.

Der Vorsitzende erläuterte, dass im Vorfeld darüber gesprochen worden sei, die Sitzung ausfallen zu lassen. Er habe sie eben nicht ausfallen lassen. Er sei der Verwaltung dankbar, dass sie diesmal auf sechs Seiten die Sachstände zusammengeschrieben und im Grunde genommen Munition geliefert hat. Man solle jetzt keine Beschuldigungen machen und es dabei belassen.

Zur Kultur der Diskussion teilte Herr Bäsch (SPD-Fraktion) mit, dass man sich immer sachorientiert auseinandersetzt und diskutiert. Es müsse aber auch erlaubt sein, dass man die Sachen konkret benennt, dass man Wut äußert, über Entwicklungen, die nicht so laufen, wie man sich das vorstellt. Und, wenn dann mal etwas überzeichnet werde, dann gehöre das eben in der Demokratie auch dazu. Das sei nicht an der Tagesordnung, müsse aber durchaus erlaubt sein.

In den Landesparlamenten sehe man das jeden Tag, und im Bundestag sei das auch der Fall. Kritik sei immer sachlich begründet und orientiert.

Von der CDU sei auch kritisiert worden, dass seit acht Jahren am Parkraumkonzept rumlaboriert wird.

Sie seien im Gegensatz zur Verwaltung Ehrenamtler, die sich teilweise die Abende um die Ohren schlagen und versuchen, etwas Vernünftiges für die Stadt zu erreichen. Man setze sich sachlich mit den Fragestellungen, die auftauchen, dezidiert auseinander, stelle entsprechende Anträge und Nachfragen, versuche, das möglichst sachlich in Ordnung zu bringen. Da würde er sich wünschen, dass man sich an der Sache orientiert und es nicht als Wahlkampf abtut, wenn man in der Sache versuche, die bestmöglichen Lösungen zu finden. Das sei ihm sehr wichtig, weil Respekt nicht nur eine Einbahnstraße sei. Das würde er sich auch von der anderen Seite wünschen.

Herr Günther wies in aller Bescheidenheit und noch nicht mit Schärfe darauf hin, dass die Frage nach der Kostenaufstellung KGP noch nicht beantwortet sei. Er wolle das gerne beantwortet haben und auch im Protokoll wiederfinden.

Herr Kallenbach, FB 7, teilte hierzu mit, dass er zu den Kosten an dieser Stelle nichts sagen könne, weil man im laufenden Verfahren sei. Dementsprechend könne er hier nicht im öffentlichen Teil über die Kosten reden. Man werde aber selbstverständlich, wie üblich, im Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss am 21.11.2019 hierzu entsprechend berichten.

Der Vorsitzende bat darum, alles, was nicht vertraulich ist, wird ins Protokoll aufzunehmen.

Herr Günther äußerte Zweifel daran, dass die Kosten nicht öffentlich sind.

Herr Kallenbach erläuterte, dass man hier über konkrete Angebote spreche, die im Moment in einem geschlossenen Verfahren, in einem VOB-Verfahren, abgegeben worden sind. Es sei ein Bieterverfahren. Und so lange das nicht abgeschlossen ist,

könne er über diese Kosten nicht im öffentlichen Teil reden. Er könne keine Aufschlüsselung über Positionen machen und herausstellen, wo Abweichungen zum Schätz-LV erheblich sind.

Der Vorsitzende vermittelte, dass Herr Kallenbach sich deutlich geäußert habe. Was bekanntgegeben werden kann, gebe er bekannt, und das solle dann auch ins Protokoll aufgenommen werden. Er bestätigte, dass der Ausschuss genau wissen muss, wie die Kosten sind. Aber man sei in einem Verfahren, wo das im nichtöffentlichen Teil nicht bekanntgegeben werden kann. Er könne die Verwaltung nicht zu ungesetzlichem Handeln zwingen.

Protokollnotiz:

In der nächsten Sitzung des Zentrumsausschusses am 03.03.2020 wird der zuständige Fachbereich entsprechend berichten.

Anschließend schloss der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt ab.